

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Transparente und konsequente Antworten auf den Antisemitismusskandal bei der documenta geben – Bundestagsbeschluss „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten“ aktiv umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die documenta in Kassel ist weltweit eine der bedeutendsten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst. Sie ist Treffpunkt für internationale Künstlerinnen und Künstler, bietet eine Bühne für Bild- und Formsprache mit verschiedensten kulturellen Hintergründen.

Die documenta stand für den Dialog, für ein weltoffenes vielfältiges Deutschland – bislang. Denn die diesjährige „documenta fifteen“ bietet eine Bühne für antisemitische Hetze. Sie wird nicht als anerkanntes Forum für Gegenwartskunst, sondern durch die öffentliche Zurschaustellung von Antisemitismus und Nähe zur Israel-Boycott-Bewegung BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) in die Annalen eingehen.

Dabei gab es bereits im Vorfeld der Ausstellung, über Monate hinweg, erhebliche Antisemitismusvorwürfe. Diese richteten sich vor allem gegen das Künstlerkollektiv ruangrupa wegen bekannter BDS-Verbindungen. Trotz des offenkundigen Antisemitismusverdachts wurden die Warnungen von den Verantwortlichen der Ausstellung und seitens der Bundesregierung nicht ausreichend wahrgenommen. Auch die Kritik am Ausschluss israelischer Künstlerinnen und Künstler und die in einem Brandbrief an die Bundesregierung geäußerten Einwände und Gesprächsbitten vom Zentralrat der Juden blieben folgenlos.

Die schlimmsten Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Der Deutsche Kulturrat erklärte öffentlich: „Es ist vollkommen unverständlich, wie die documenta fifteen-Verantwortlichen es zulassen konnten, dass diese antisemitischen Werke trotz aller Diskussionen im Vorfeld ausgestellt wurden. Es ist ein Skandal mit Ansage“.¹

Der Gründungsdirektor des documenta-Instituts Heinz Bude hat den Antisemitismus-Skandal bei der „documenta fifteen“ als größten Schaden für die Kunstaustellung seit ihrem Bestehen bezeichnet.² Dieser Schaden geht auch zulasten vieler Künstlerinnen

¹ Pressemitteilung Deutscher Kulturrat vom 20. Juni 2022 „Antisemitische Werke auf der Documenta fifteen – ein Skandal mit Ansage“; <https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/antisemitische-werke-auf-der-documenta-fifteen-ein-skandal-mit-ansage/>

² Beitrag im Deutschlandfunk am 22. Juni 2022; <https://www.deutschlandfunk.de/soziologe-heinz-bude-sieht-marke-documenta-nach-antisemitismus-vorfall-schwer-beschaedigt-100.html>

und Künstler, deren nicht antisemitische Werke jetzt in den Hintergrund gedrängt werden. Eine Ausstellung, die eigentlich den Blick auf die Kunst und Bildsprache des globalen Südens richten wollte, wird auch zu ihrem Desaster.

Die ersten Reaktionen seitens Geschäftsführung und Kuratoren waren halbherzig, inkonsequent und beschämend. Der Antisemitismusskandal und auch der Umgang damit sorgen weltweit für Entsetzen. Das international beschädigte Ansehen Deutschlands muss wiederhergestellt werden.

Der Deutsche Bundestag hat im Mai 2019 den interfraktionellen Antrag „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ (Drs. 19/10191) mit großer Mehrheit beschlossen. Die Bundesregierung muss diesen Beschluss aktiv umsetzen. Darin heißt es: „Es gibt keine legitime Rechtfertigung für antisemitische Haltungen. Das entschiedene, unbedingte Nein zum Hass auf Jüdinnen und Juden gleich welcher Staatsangehörigkeit ist Teil der deutschen Staatsräson. Antisemitismus hat sich in seinen mörderischen Folgen als die verheerendste Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Geschichte unseres Landes und in ganz Europa erwiesen und ist heute noch eine Bedrohung sowohl für Menschen jüdischen Glaubens als auch für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

Der Bundestagsbeschluss beinhaltet auch die Forderung, keine Projekte finanziell zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen. Die Bundesförderung und die Planungen für die nächste documenta sind so lange zurückzustellen, bis der Skandal aufgearbeitet ist und entsprechende Maßnahmen ergriffen wurden.

Nun ist eine ehrliche, schonungslose und lückenlose Aufklärung notwendig, wie es zu dieser kulturpolitischen und gesellschaftspolitischen Katastrophe kommen konnte, welche Präventivmaßnahmen ausgeblieben sind und welche Verantwortlichkeiten sträflich vernachlässigt wurden.

Die Bundesregierung muss umgehend Transparenz schaffen, Antworten geben und Konsequenzen ziehen. Diese Aufarbeitung muss mit einer Debatte verbunden werden, wie Judenhass bekämpft und Israelboykott zukünftig verhindert werden können. Dies sind wir allen Opfern der Schoah, ihren Nachkommen und den heute aktuell Betroffenen schuldig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich öffentlich dafür zu entschuldigen, dass diese auf erhebliche Warnungen und Kritik im Vorfeld der Eröffnung, insbesondere auch vom Zentralrat der Juden, nicht ausreichend reagiert hat;
2. unverzüglich vertrauensbildende Gespräche mit dem Zentralrat der Juden und weiteren Vertretern der jüdischen Gemeinde in Deutschland zu führen;
3. mit aller Kraft das international beschädigte Ansehen Deutschlands wiederherzustellen, insbesondere gegenüber unserem engen Partnerland Israel;
4. eine externe, unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, die Fehlplanungen, Fehlprozesse sowie Fehlentscheidungen aufzeigt sowie personelle Verantwortlichkeiten benennt;
5. von allen Verantwortlichen und an der Planung Beteiligten die detaillierte Offenlegung aller Planungs- und Entscheidungsschritte einzufordern;
6. sich in einer öffentlichen Sitzung im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu erklären und dabei dem Parlament offenzulegen, wann und wo Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Geschäftsleitung sowie den Kuratoren erfolgten und wer an diesen Gesprächen teilgenommen hat;

7. im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages auch darzulegen, welche Verabredungen und Zusicherungen seitens der Kuratoren und Verantwortlichen ihr gegenüber gemacht, welche konkreten Vorkehrungen zu deren Absicherung vereinbart und tatsächlich getroffen und wie diese vor Ort von wem nachgehalten bzw. überprüft wurden;
8. an einer kulturellen Positivagenda mit Israel zu arbeiten und diese im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in dessen erster Sitzung nach der Sommerpause vorzustellen;
9. dem Parlament zu berichten, inwiefern Unterzeichner des Plädoyers oder Berater der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ in die Finanzierung oder den anderweitigen Umgang mit der documenta direkt oder indirekt eingebunden waren;
10. dem Deutschen Bundestag einen Bericht des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung vorzulegen, der die Tragweite und die Folgen des Skandals bewertet;
11. die Finanzierung der „documenta fifteen“ und alle damit verbundenen Kosten transparent und öffentlich darzulegen;
12. personelle Konsequenzen bei der documenta zur Bedingung der Weiterförderung der documenta mit Bundesmitteln zu machen;
13. die durch den Umbau der Ausstellung verursachten zusätzlichen Kosten konkret zu beziffern, nicht über den Bundeshaushalt abzudecken sowie die Rückerstattung von Fördergeldern des Bundes zu prüfen und hierüber sowohl dem Ausschuss für Kultur und Medien als auch dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Bericht zu erstatten;
14. die Planungen für die nächste documenta so lange zurückzustellen, bis der Skandal aufgearbeitet ist und daraus entsprechende Maßnahmen folgen;
15. gemäß dem Bundestagsbeschluss „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ (Drs. 19/10191) vom 15. Mai 2019 sicherzustellen, dass keine weiteren Projekte mit Bundesmitteln gefördert werden, die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen, zum Boykott Israel aufrufen oder Antisemitismus verbreiten, und darzulegen, wie dies erfolgt.

Berlin, den 5. Juli 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

Begründung

Am 18. Juni 2022 wurde die documenta in Kassel eröffnet. Die „documenta fifteen“ dauert noch bis zum 25. September 2022. Seit 1955 findet die documenta alle fünf Jahre in Kassel statt.

Im Programm der „documenta fifteen“ werden unkommentierte propalästinensische Propagandafilme gezeigt. Der Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland, Johann Hinrich Claussen fasste die Kritik daran zusammen: „Wir haben es hier nicht nur mit der Verbreitung antisemitischer Klischees zu tun, sondern mit der Präsentation von Propagandafilmen aus einem anti-israelisch-terroristischen Kontext“.³

Auf dem Friedrichplatz in Kassel, dem zentralen Hauptspielort der „documenta fifteen“, wurde ein Bild mit antisemitischen Motiven gezeigt. Die metergroße Banner-Installation des Kollektivs Taring Padi mit dem Titel „People’s Justice“ zeigt unter anderem eine Zigarre rauchenden Geschäftsmann mit Reißzähnen, blutunterlaufenen Augen, Hakennase, Brille, Schläfenlocken, einem Hut mit dem Doppelrunenzeichen der SS und einem Jackenrevers in gelb, der Signalfarbe der Juden im Mittelalter. Ein Soldat in einer Gruppe, die über skelettierte Leichen marschiert, trägt auf einem Schweinekopf einen Helm mit der Aufschrift Mossad und ein Halstuch mit Davidstern. Ein Teufel trägt einen Davidstern auf der Brust. Diese Darstellung steht für Judenhass in Reinform. Die Motive bedienen das Verschwörungsnarrativ des Juden als Strippenzieher und Finanzjongleur hinter der Macht. Nach scharfer Kritik wurde das Wimmelbild erst verhüllt und inzwischen abgebaut. Auf der Homepage des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi ist dieses Bild mit einer der antisemitischen Darstellungen nach wie vor veröffentlicht.⁴

Die documenta wird auch mit Mitteln der Kulturstiftung des Bundes aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. Die künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, Hortensia Völckers, ist eine der Unterzeichnerinnen des Plädoyers der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“⁵, die sich gegen den interfraktionellen Bundestagsbeschluss „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ (Drs. 19/10191) wendet. Als Begründung wird unter anderem von der Initiative angeführt, „unter Berufung auf diese Resolution [würden] durch missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusvorwurfs wichtige Stimmen beiseitegedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt.“ Die „documenta fifteen“ widerlegt die Argumentation der Initiative. BDS-Unterstützer haben Antisemitismus verbreitet.

Auch der Amtschef der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Andreas Görden, steht in Verbindung zur „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“. In ihrem Plädoyer vom Dezember 2020 wird ihm namentlich für „fachlichen Rat und Diskussionsbeiträge“ gedankt.⁶ Seinerzeit war Andreas Görden Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung im Auswärtigen Amt und damit zur politischen Neutralität verpflichtet.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth, stimmte als Bundestagsabgeordnete gegen den mit großer Mehrheit vom Deutschen Bundestag im Mai 2019 beschlossenen interfraktionellen Antrag „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“.⁷ Offenbar war sie sich über den Charakter von BDS nicht im Klaren. Denn sie erklärte: „Die Geschäftsführung und das künstlerische Kuratoren-Kollektiv hatten mehrfach versichert, dass es keinen Antisemitismus auf der documenta geben werde. Darauf habe ich vertraut. Dieses Vertrauen ist enttäuscht worden.“⁸ Dabei erkannte sie nach einem Gespräch mit dem Zentralrat der Juden am 11. Mai 2022, dass der bisherige Versuch einer konstruktiven öffentlichen Debatte gescheitert sei und es eine gemeinsame Verantwortung gäbe „durch vertrauliche Gespräche mit Expertinnen und Experten sowie mit den Verantwortlichen der documenta hierfür wieder die Grundlage zu schaffen“.⁹

³ Artikel „EKD kritisiert israelfeindliche Propagandafilme auf documenta“ in Jüdische Allgemeine vom 22. Juni 2022; <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/ekd-kritisiert-israelfeindliche-propagandafilme-auf-documenta/>

⁴ http://www.taringpadi.com/multicultural_state-hegemony/

⁵ Plädoyer der Initiative GG 5.3. Weltoffenheit; <https://www.gg53weltoffenheit.org/plaedoyer/>

⁶ <https://www.gg53weltoffenheit.org/plaedoyer/>; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article222638008/Antiisraelische-Bewegung-BDS-Das-BDS-Plaedoyer-bringt-deutsche-Kultureinrichtungen-in-Erklarungsnot.html>

⁷ Plenarprotokoll vom 17. Mai 2019, S.12523

⁸ Pressemitteilung vom 23. Juni 2022; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/roth-menschenwuerde-unverrueckbar--205528>

⁹ Pressemitteilung vom 13. Mai 2022 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/gesprach-des-zentralrats-der-juden-mit-staatsministerin-roth-ueber-den-gemeinsamen-kampf-gegen-antisemitismus-sowie-die-documenta-fifteen-2039338>

Sowohl die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien als auch das Auswärtige Amt fördern auch das Haus der Kulturen der Welt, in der im Mai 2022 die Konferenz „Hijacking Memory“ stattfand. Über diese schreibt die „Jüdische Allgemeine“: „Nicht weit, von wo die Befehle erteilt wurden, jüdisches Leben zu vernichten, fand unlängst im Haus der Kulturen der Welt eine Konferenz statt, die sich der einzigen relevanten Erinnerung für Deutsche entledigen wollte – unter dem Namen »Hijacking Memory. Der Holocaust und die Neue Rechte«“. ¹⁰ Der Intendant vom Haus der Kulturen der Welt, Bernd Scherer, ist Unterzeichner des Plädoyers der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“.

¹⁰ Artikel in der „Jüdischen Allgemeine“: vom 27. Juni 2022 „Gekaperte Erinnerung“; <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/gekaperte-erinnerung/>

